

Wolfszeitung

Nr. 95.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7 gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50% / Angebote 25% / Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Zamenhofska 17, III-16
Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5-6 Uhr.
Telephon des Schriftleiters: 28-45.

Der Abonnementspreis für den Monat Dezember beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — für Amerika einen Dollar monatlich.

2. Jahrg.

Der Anschlag auf das private Heim.

Seit November 1923 ist das Requisitionsgesetz, auf Grund dessen die Magistrate die Requirierung von Privatwohnungen vorgenommen haben, erloschen. Hausbesitzer und Mieter sind wieder die Eigentümer ihrer Wohnungen geworden und konnten freier aufatmen. Die ständige Gefahr, das Dach über dem Haupte zu verlieren, war geschwunden.

Dieser Zustand hat der Militärbehörde jedoch nicht gefallen. Sie wandte sich an die Regierung und diese an den Sejm.

So kam es dazu, daß in einer der letzten Sejm-Sitzungen ein Gesetz angenommen wurde, daß den Innenminister und in der Folge die Wojewoden und Magistrate ermächtigt, Privatwohnungen als ständige Quartiere für Militärpersonen zu requirieren. Der Requirierung unterliegen die Wohnungen nicht nur der Hausbesitzer und Mieter, sondern sogar Untermieter. Wie groß die beabsichtigten Requisitionen sein sollen, beweist der Umstand, daß allein in Warschau für die Militärpersonen 800 Wohnungen benötigt werden. Im ganzen Lande sollen demnach tausende der Konstitution gemäß unantastbare Wohnungen dadurch zerpöckelt werden, daß in dieselben zwangsweise Militärpersonen eingesetzt werden.

Was diese Requisitionen bedeuten, haben wir bereits in der Kriegszeit am eigenen Leibe verspürt. Doch war dies die Kriegszeit. Heute aber leben wir im Frieden und deshalb muß die Unantastbarkeit des privaten Heims respektiert werden.

Eine andere Frage ist es, worauf auch wir oft hingewiesen haben, daß es eine bedeutende Anzahl großer Wohnungen und Palais gibt, denen ganz gut einige Zimmer abgenommen werden könnten, um sie der wohnungsarmen Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Schreiber dieses hat im Lodzer Stadtrat dafür plädiert, daß das Dekret des Staatspräsidenten vom Jahre 1919 Anwendung findet, nach dem jede Familie nur über ein Zimmer mehr verfügen darf, als Familienangehörige in der Wohnung vorhanden sind. Es wurden Fälle angeführt, wonach in Lodz eine aus drei Personen bestehende Familie eine 18-Zimmer-Wohnung inne hat. Die Anwendung dieses Dekrets wurde jedoch verworfen. Und mit Recht sagen die polnischen linksstehenden Blätter, die das neue Gesetz besprechen, daß es der Regierung niemals eingefallen ist und einfallen wird, Palais und große Wohnungen zu requirieren, sondern gerade diejenigen des Mittelstandes und überhaupt die des schwächeren Bürgers. Vor dem Einflußreichen, dem Großen, hat man Respekt. Ihn läßt man ungeschoren.

Die Annahme dieses Gesetzes, das noch durch den Senat gehen muß, hat die Bevölkerung wenn auch spät, so vielleicht noch nicht zu spät, erweckt. Derartige Gesetze gehen gewöhnlich „über die Bretter“, ohne auch nur von den amtlichen Stellen erwähnt zu werden. In Warschau fand bereits die erste Protestversammlung gegen das Gesetz statt. Die Vergewaltigung des Art. 100 der Verfassung, der

Weniger Feiertage.

Die zweiten Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertage dürfen nicht aufgehoben werden.

Am 15. November l. J. hat der Herr Staatspräsident eine Verordnung erlassen, wonach von den bestehenden 17 gesetzlichen Feiertagen 7 aufgehoben werden, darunter die zweiten Tage von Weihnachten, Ostern und Pfingsten. Die Verordnung erließ der Herr Staatspräsident auf Grund des Vollmachtengesetzes, das der Regierung seinerzeit vom Sejm gegen die Stimmen der Minderheiten und der Linken gewährt wurde.

Der Grund für diese Verordnung ist die Forderung der Industriellen, die bei jeder Gelegenheit darauf hinwiesen, daß die große Zahl der Feiertage in Polen die Produktion verringert und verteuert. Aber auch in Arbeiterkreisen ist man über die allzu große Zahl der Feiertage nicht erbaut, weil die Arbeiterschaft, die keine festen Löhne bezieht, dadurch materielle Schäden erleidet.

Doch tauchen bei der nunmehr erlassenen Verordnung, die vom 1. Januar 1925 verpflichten soll, andere Fragen auf. Ist die Verringerung der Zahl der Feiertage heute rationell? Und ist die Abschaffung der zweiten Feiertage nach den hohen Festen angebracht?

Auf die erste Frage findet heute jedermann sofort eine klare Antwort. Die Industrie arbeitet seit fast einem Jahre durchschnittlich nur 4 Tage in der Woche. Der größte Teil der Arbeiterschaft ist demnach gezwungen, neben dem Sonntag noch an zwei anderen Tagen in der Woche zu feiern. Es ist also dem Gros der Arbeiterschaft heute ganz egal, ob die Feiertage bestehen oder abgeschafft werden. Würde man aber die volle Woche arbeiten, so glauben wir annehmen zu dürfen, daß die Mehrzahl der Arbeiter bei einer Abstimmung für die Abschaffung gestimmt hätte. Wenn wir dazu außerdem noch in Betracht ziehen, daß ein in der Mitte der Woche fallender Feiertag die Arbeitskraft vermindert, so dürfte die größte Zahl der Arbeiter der Abschaffung dieser Feiertage keine Träne nachweinen.

Andererseits verhält es sich mit den zweiten Feiertagen zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten. Es ist nachgewiesen worden und leuchtet schließlich jedem ein, daß zwei aufeinander folgende Ruhetage für die Arbeiterschaft eine ganz andere Bedeutung haben als ein einziger Tag in der Mitte der Woche. An diesen

die Unantastbarkeit der Wohnungen behandelt, wurde in einer Entschließung, die den maßgebenden Kreisen zugestellt wurde, gestempelt. Der Senat wurde aufgefordert, das Gesetz nicht anzunehmen, um dem Sejm Gelegenheit zu geben, seinen Beschluß zu revidieren.

Auch der Warschauer Magistrat hat einen Protest gegen dieses Gesetz gefaßt und ihn weitergeleitet. Diesem Beispiel müssen auch andere Städte folgen. In Lodz werden entsprechende Protestversammlungen vorbereitet.

Durch die Beschließung dieses Gesetzes hat sich der Sejm in seiner Mehrheit ein trauriges Zeugnis ausgestellt. Aber auch die Regierung hat wieder einmal ihre Ratlosigkeit und Unfähigkeit bewiesen. Sie kann sich nicht aufschwingen, einen eigenen Plan zu finden, der der Wohnungsnot entgegenzutreten würde. Die Regierung muß es wissen, daß der Stillstand im Baugewerbe für fast alle Städte Polens, ja für das ganze Land eine Katastrophe

Tagen kann der Arbeiter eine tatsächliche Erholung haben und, wenn der Geldbeutel ihm dies gestattet, auch seine weiter wohnhaften Verwandten besuchen, einen Ausflug unternehmen usw.

Angesichts dieser Argumente wurde der Herr Staatspräsident gefragt, warum er anstelle der zweiten Tage zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten nicht andere Feiertage aufgehoben hat, die in die Mitte der Woche fallen. Darauf erfolgte die bezeichnende Antwort: Die geistliche Behörde wollte sich damit nicht einverstanden erklären.

Das ist also die Brücke, über die auch die Gesetzgeber nicht schreiten können. Wir haben also wiederum den Beweis, daß die Kirchenbehörden bei uns doch etwas mehr zu sagen haben als die weltlichen Behörden.

Die Frage der Verringerung der Feiertage in Polen war bereits vor zwei Jahren aktuell. Damals hatte der Abgeordnete Rudnicki, ein Industrieller von der Endecja, die Notwendigkeit der Verringerung der Feiertage begründet. In der Arbeitskommission des Sejm konnte der Herr Abgeordnete sein Projekt nicht durchdrücken; sowohl er wie die Regierung zogen das Projekt zurück, um in demselben die notwendigen Verbesserungen vorzunehmen. Zwei Jahre wurde davon nicht gesprochen. Verbesserungen wurden nicht eingebracht. Erst jetzt bemühte man die Vollmachten dazu, um diese Operation zu vollziehen.

Mit Recht haben die Parteien der Chadecja und der Linken Verbesserungen zu der Verordnung eingebracht, die die Beibehaltung der zweiten Feiertage zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten fordern. Die Anträge kamen noch nicht zur Verhandlung, dürften jedoch von der Mehrheit nicht abgelehnt werden.

Doch viel praktischer wäre der Weg, die Verordnung selbst zurückzuziehen und entsprechend den Anträgen zu modifizieren. Wir verzichten gern auf die einzelnen Feiertage für den Preis der Erhaltung der doppelten bei den hohen Festen. Deswegen müßte diese skandalöse Verordnung, wie sie von der linken und der demokratischen Presse genannt wird, noch vor dem 1. Januar modifiziert oder vollständig zurückgezogen werden. Die Erledigung der Frage kann ruhig dem Sejm überlassen werden.

Wir wollen und können nicht annehmen, daß die Regierung diese Gefahr nicht sieht. Sie muß sich demnach endlich aufraffen, dieser Frage die eigene Initiative zu widmen.

Aber nicht nur die Regierung hat in diesem Punkte ihre vollständige Unfähigkeit bewiesen. Auch die Stadtverordnetenversammlungen, die gesamte Bürgerschaft blieb der Wohnungsfrage gegenüber passiv.

Wenn wir Gelegenheit hatten, maßgebende Stellen auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, den Wohnungsbau auf städtische oder Staatskosten zu unternehmen, erhielten wir stets zur Antwort: „Wir haben kein Geld.“

Natürlich zieht die Lösung des Wohnungsproblems keine Ausgabe nach sich, die man mit dem Kleingeld aus der Westentasche bestreitet. Gaben aber die Staaten, die der Wohnungsnot wirksam entgegengetreten sind, mehr Geld als wir? Ob es ist in jeder Staatskasse. Der europäische Krieg hat

das Geld zu Uncle Sam über den großen Reich fließen lassen. Doch trotzdem mußte man sich und weiß sich in anderen Ländern Rat.

Diejenigen, die es angeht, wissen, was wir meinen: Den Rat, den sich die sozialistischen Regierungen in der Wohnungsfrage verschafft haben. Dieses System, wenn es auch manche Privattasche zwacken dürfte, muß Anwendung finden. Wir ersticken sonst an der Wohnungsnot. Und etwas Gutes abzugucken lohnt sich. Selbst dann, wenn man es den Sozialisten, diesen Umstürzern, abgucken muß.

L. K.

Deutsch-polnischer Zollkrieg?

Die Verpflichtung Deutschlands, einseitig Polen als meistbegünstigte Nation zu behandeln, läuft am 10. Januar 1925 ab. Die polnische Regierung hatte daher das größte Interesse daran, daß vor diesem Datum ein Handelsvertrag zwischen Deutschland und Polen zustande komme. Die Verhandlungsführer Polens sind seit langem ernannt. Das gleiche geschah auch von deutscher Seite, und es galt als sicher, daß am 1. November die Verhandlungen beginnen würden. Nun ist der deutsche Verhandlungsführer, Frhr. von Stockhammer, seit geraumer Zeit erkrankt. Er gilt als der Mann, der am besten das gesamte Material beherrscht, und für die deutsche Regierung ist es nun sehr schwer, einen passenden Ersatz für diesen so wertvollen Unterhändler zu finden. In Polen aber hat man anfänglich überhaupt nicht an die Erkrankung Stockhammers geglaubt. Man hat vielmehr den Verdacht gehabt, die deutsche Regierung verschiebe absichtlich die Verhandlungen, damit der 10. Januar herankomme, ohne daß ein Abkommen geschlossen ist, womit die Stellung Deutschlands, das alsdann Polen gegenüber keine Verpflichtungen mehr habe, gestärkt werde. Diese Auffassung ist unzutreffend. Im übrigen bleibt der 10. Januar auf alle Fälle zu Deutschlands Gunsten wirksam. In Polen ist aber inzwischen die Nervosität gewachsen, und infolge Drängens der Interessentkreise hat sich die polnische Regierung, wie bereits kurz gemeldet, schon gegen Ende des vorigen Monats zu einer folgenschweren Verfügung entschlossen. Sie bestimmt, daß eine hundertprozentige Zollerhöhung für Waren aus solchen Ländern als Maximalzoll gelten soll, die ohne Handelsvertrag mit Polen sind und die polnische Waren schlechter behandeln als Waren aus anderen Ländern.

Käme also bis zum 10. Januar ein neuer Handelsvertrag nicht zustande, so würde an diesem Datum automatisch der polnische Maximalzolltarif für deutsche Waren in Kraft treten. Es ist ausgeschlossen, daß in der noch zur Verfügung stehenden kurzen Zeit ein Handelsvertrag mit Deutschland abgeschlossen werden kann.

Daß diese Maximalzölle nicht nur für die deutsche Industriewelt peinlich, sondern auch für manchen polnischen Industriezweig geradezu vernichtend wirken werden, ist klar. Gerade wegen dieser Frage ist bereits eine Abordnung der Wieliker Industrie beim Minister erschienen und hat auf die katastrophalen Folgen für das wichtige Industriegebiet von Bielitz aufmerksam gemacht, falls die Regierung die zur Verarbeitung nötigen, aus Deutschland stammenden Materialien mit höheren Zöllen belege. Würde dann etwa auch die deutsche Regierung mit Kampfzöllen antworten, so gingen wir einem Zollkrieg in aller Form entgegen. So bleibt sehr zu wünschen, daß doch noch in der letzten Minute im Interesse beider Teile eine Art von Provisorium ermöglicht wird.

Die deutsche Regierung hat, wie verlautet, die Absicht, nur dann die Meistbegünstigung zu gewähren, wenn auch polnischerseits das gleiche geschieht. Die polnische Regierung hat zu dieser Frage eine Aeußerung bisher nicht erfolgen lassen, man kann aber annehmen, daß sie grundsätzlich zur Gewährung der Meistbegünstigung bereit ist. Wie aus der Dortmunder Rede Stressemanns bekannt ist, will die deutsche Regierung zunächst einmal einen Vorvertrag für die Dauer bis zum 1. Juli 1925 abschließen. An diesem Tage läuft eine zweite Verpflichtung Deutschlands ab, nämlich die, polnisch-obererschlesische Erzeugnisse, wie

vor allem Kohle, zollfrei nach Deutschland hereinzulassen. Gelingt es nicht, in dieser Sache ein für die oberschlesische Produktion günstiges Abkommen zu erlangen, so ist diese Industrie, die jetzt schon kaum auf den Auslandsmärkten konkurrieren kann und keinen Absatz für ihre Kohle findet, von einer Katastrophe bedroht.

Wenn also die polnische Presse die Lage so darstellt, als hätte vor allem Deutschland ein Interesse daran, den Zollkrieg zu vermeiden, so ist dabei viel Taktik. Aber richtig ist, daß ein Zollkrieg auch die deutsche Industrie schwer treffen müßte. Beide Regierungen hätten allen Grund, ihn zu vermeiden.

N.

Die jüdische Sprache wird nicht zugelassen.

Der Krakauer Wojewode verbietet eine jüdische Versammlung.

Die Stellungnahme des jüdischen Klubs gegen den Antrag, die jüdischen Schulen durch Staatsmittel zu unterstützen, hat im ganzen Lande unter den Juden einen Proteststurm hervorgerufen. Eine Versammlung, die die Politik des jüdischen Sejmklubs besprechen sollte, war vor einigen Tagen auch in Krakau angesetzt. Der Verein der Liebhaber jüdischer Literatur und Kunst berief dieselbe unter dem Titel „Um die Ehre und Existenz der jüdischen Sprache“. Der Herr Wojewode Kowalikowski sah die Versammlung jedoch als unnötig an und verbot sie auf Grund des Paragraphen 6 des österreichischen Versammlungsgesetzes. Die zu der Versammlung erschienenen Massen wurden unter Zuhilfenahme der Polizei auseinandergetrieben. Den Veranstaltern erklärte man in der Polizeidirektion, daß die Versammlung deswegen verboten wurde, weil die Behörden die jüdische Sprache nicht kennen.

Hierzu bemerkt der sozialistische „Naprzód“:

Dieses Verhalten des Herrn Wojewoden ist selbst für unsere Zustände ein Skandal. Nachdem die jüdische Sprache seit 25 Jahren in Krakau frei zugelassen ist, nachdem die jüdische Sprache im ganzen Lande anerkannt wurde, nachdem Herr Thugutt die berühmten „Freiheiten“ für die Minderheiten vorbereitet, findet die Krakauer Wojewodenschaft einen verschimmelten Paragraphen aus den Metternichschen Zeiten, um die Juden zu schikanieren. Der Herr Wojewode muß sich sagen lassen, daß wir in einem freien Lande wohnen und daß er der Bevölkerung dient und nicht diese ihm. Wenn er dies aber vergessen hat, so werden ihn die höheren Instanzen daran erinnern. Und an diese Instanzen haben sich entsprechende Kreise gewandt.

Die Gutsbesitzer werden bodbeinig.

Steuerstreik vom 1. Januar an.

Die Polensche Presse hat das Geheimnis einer Aktion der Gutsbesitzer gegen Grabski aufgedeckt. Danach hat der Zentralverband der landwirtschaftlichen Gesellschaft auf Vorschlag eines Herrn Raczyński beschloffen, vom 1. Januar 1925 an keine Steuern mehr zu zahlen. Was wird Herr Grabski zu diesem neuartigen Streik sagen? Der Kampf mit Witos beginnt.

Nachwehen des Krieges.

In dem 3 Kilometer von Rotowo entfernten Werke Freida slog ein Lager unbrauchbar gewordener Minen unter einer furchtbaren Detonation in die Luft. 7 Personen, darunter 5 Zivilisten, wurden zerrissen. Das litauische Verteidigungsministerium hatte die unbrauchbar gewordenen Minen an eine Privatfirma verkauft, die sie unter Aufsicht eines Spezialfachmannes vernichten ließ. Die Explosion entstand, als der aufsichtsführende Beamte noch nicht erschienen war. Die Stelle, an der die Explosion stattfand, bietet einen schrecklichen Anblick. Das große Fabriksgebäude besteht nur noch aus Trümmern. Die Dächer der Häuser in der Umgebung sind abgedeckt und die Mauern eingestürzt. In einer Umgebung von mehreren hundert Metern sind die Felder mit Balken, Brettern und anderen Trümmern bedeckt. Unter den Trümmern wurden nur ein getöteter Soldat und ein Arbeiter gefunden. Von den anderen waren nur noch wenige Körperreste übrig.

Der erste russische Bauernmädchenkongress

In Moskau fand dieser Tage ein Kongress der Bauernmädchen statt. Der größte Teil der Delegierten konnte sich nur unter sehr großen Schwierigkeiten einfinden, da von den Eltern mit allen Mitteln versucht wurde, sie an der Teilnahme zu verhindern. Um an dem Kongresse teilnehmen zu können, waren viele Delegierte gezwungen, mit ihren Angehörigen völlig zu brechen. Unter großer Begeisterung beschlossen die Mädchen, nach ihrer Rückkehr sich eifrig an dem politischen Leben ihres Dorfes zu beteiligen und kooperativ tätig zu sein.

Köln wird noch nicht geräumt.

In der Sitzung des Reichsterrats am Sonnabend wurde beschlossen, die Räumung der Kölner Zone zum 10. Januar 1925 noch nicht vorzunehmen, da Deutschland angeblich die Entwaffnung nicht den Verpflichtungen gemäß vorgenommen hat.

Diese Nachricht hat in Deutschland Beunruhigung hervorgerufen. Für die deutschen Nationalisten ist der Beschluß natürlich Wasser auf ihre Agitationsmühle, während Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum einen schweren Stand haben werden. Der Beschluß wird Deutschland durch Noten der einzelnen Staaten mitgeteilt. Es wird damit gerechnet, daß der Beschluß neue Verwicklungen in das Reparationsproblem bringen wird.

Verwilderung der farbigen Truppen in der Pfalz.

Die Verwilderung der farbigen Truppen in der Pfalz nimmt in letzter Zeit bedauerlicherweise immer mehr zu. Im Germersheimer Walde wurde am 28. November eine 60jährige, mit einem schweren Bruchleiden behaftete eheliche Frau aus Germersheim von einem farbigen Soldaten überfallen, mit der Waffe bedroht und in scheußlicher Weise vergewaltigt. Infolge der Tat ist die Frau schwer erkrankt und befindet sich in ärztlicher Behandlung. Am 21. November überfiel ein farbiger Soldat in Germersheim einen jungen Mann und suchte ihn geschlechtlich zu mißbrauchen. Am 23. November wurde in Speyer eine verheiratete Frau in einer Seitenstraße von zwei farbigen Soldaten überfallen. Bei der Abwehr erhielt sie einen Stich in den rechten Oberarm. Am 16. November drangen in Bellheim bei Germersheim zwei farbige Soldaten bei einem Bäckermeister ein und raubten unter Bedrohung mit der blanken Waffe einen Geldbetrag. Am gleichen Tage verübten in Lingenfeld bei Germersheim zwei marokkanische Soldaten einen Raubüberfall auf einen 68jährigen Greis. Ein zu Hilfe eilender Wirt erhielt einen Stich in die Brust. Die von farbigen Truppen teilweise in offener Stadt verübten Unthaten haben die Bevölkerung in größte Bestürzung versetzt.

Das Jubeljahr der katholischen Kirche.

Öffnung der Heiligen Pforte.

In Rom fand am Weihnachtsabend die Öffnung der Heiligen Pforte statt, wodurch der Beginn des Jubeljahres der katholischen Kirche angezeigt wurde, das alle 25 Jahre gefeiert wird.

Die Öffnung der Heiligen Pforte in der Peterskirche fand bei herrlichem Sonnenschein als charakteristische römische Zeremonie statt. In der Vorhalle war der päpstliche Thron aufgestellt, die Wände waren mit Purpurteppichen bedeckt; auf der Tribüne hatte die Diplomatie und der schwarze Adel Platz genommen. Punkt 11 Uhr stimmte der sizilianische Sängerkor das „Tu es Petrus“ an, und die silbernen Balaunen folgten mit den getragenen Klängen des Wirtmarsches. Die zur Scala Regia führende Doppeltür flug auf, und man sah im Hintergrunde vor dem Reiterstandbild Karls des Großen im Schöße zahlreicher Kerzenflammen den Papst hoch auf dem Tragstuhl, von rüstigen weißen Frauenmädchen umgeben. Von der Scala Regia stieg dann der Piva unter Glockengeläut zur Vorhalle herab, an der Spitze das arabische goldene Kreuz aus der Zeit Konstantins des Großen sowie die Kollegien der Prälaten (Referendare, Richter, Prototonare), dann die Kammerer, Erzvikare und Patriarchen, alle mit brennenden Kerzen in der Hand, hierauf die Kardinele mit ihren Edelsteinen, welche für sie die Kerzen trugen, und endlich der Papst in einer Gbit von Lichtkronen, inmitten seines geistlichen und militärischen Hofstaates. Die Zeremonie der Türöffnung war nur kurz. Der Papst klopfte mehrmals unter Speersprächen mit dem goldenen Hammer an die Marmorplatte, welche die Türöffnung absperre, die Marmorplatte glitt auf Schienen unter allgemeiner Spannung zu Boden, und die Porta Santa war wieder offen, welche Leo XIII. zum letzten Male vor 24 Jahren geschlossen hatte, als die Pest noch ein ganz anderes Gesicht trug und manche Reiche noch standen, die inzwischen gekürzt sind. Als erster zog dann der Papst durch die geöffnete Pforte in die Peterskirche ein, die sich dicht mit Menschen gefüllt hatte. Nach kurzem Aufenthalt in der nach Michelangelo Pietà benannten Kapelle ließ sich der Papst durch die ganze Peterskirche tragen, während das dichtgedrängte Volk begeistert applaudierte und mit Taschentüchern und Hüten winkte.

Nach der Bekanntgabe des heiligen Jahres hat eine Pilgerfahrt nach Rom eingeleitet. Die katholische Welt will es nicht verkümmern, den Papst zu sehen, der nach 25 Jahren wieder den Vatikan verlassen hat, und auf dem Petersplatz eine Generalaudienzvergebung erteilt. Das Hauptereignis ist das Küssen der Hände des Papstes durch jeden Pilger, wobei der Papst Erinnerungsmedaillen ausstellt.

Natürlich hat man dabei auch an die geschäftliche Seite nicht vergessen. Es werden immerhin gegen anderthalb Millionen Gläubiger erwartet, die neben dem

geistlichen Bedürfnis einen Wagen mitbringen. Die Straßenbahn hat neue Linien gelegt, um den Verkehr zu bewältigen. In den Klöstern und Kirchen werden Massenquartiere eingerichtet. Die Hotelbesitzer haben durch Neubauten eine größere Zimmerzahl erzielt. Da nach den Vorschriften jeder Besucher die vier Wallfahrtskirchen dreimal täglich während 10 Tagen besuchen muß, so wurde eine elektrische Rundbahn erbaut, die den Gläubigen diese Kirchenbesuche ermöglicht, da dies andernfalls physisch unmöglich ist. Ein besonderes Passionspiel findet statt und eine Missionsausstellung, in der alle religiösen Kulte der Erde versammelt werden und aus denen die katholische Religion hervorleuchtet muß. Spezielle Jubiläumsmarken wurden herausgegeben, die Museen haben erweiterte Räume bezogen, besonders blüht die Führerindustrie, da jede Sehenswürdigkeit ihr Heftchen oder Zettelchen hat, die für schweres Geld „an den Mann“ gebracht werden.

Dom Ministerfauteuil in den Grubenschacht.

Frank Hodges, Civillord der Admiralität der Labourregierung, der bei der Uebernahme des Ministeramtes seine Stellung als Sekretär der Bergwerksgewerkschaften niederlegen mußte und nach der Demission des Kabinetts der Arbeitspartei nicht wiedergewählt wurde, ist nunmehr wieder Bergarbeiter geworden, trotzdem ihm die Arbeitspartei eine andere Tätigkeit anbot.

Die Arbeit der sozialistischen Regierung in Dänemark.

Dänemark hat seit einiger Zeit eine Regierung der Sozialisten, die emsig dabei ist, dem kleinen Land durch großzügige Reformen einen modernen Anstrich zu geben. So machte die Regierung dem Parlament einen Abfassungsvorschlag, nach welchem in Dänemark das stehende Heer abgeschafft wird und eine Volkzeitung an seine Stelle tritt. Während um diesen Vorschlag aber noch heftig gekämpft wird, präsentiert die Regierung zwei neue Reformvorschläge, eine Justiz- und eine Sozialreform.

Das neue Strafgesetzbuch, das der Justizminister Steinde dem Lande geben will, dürfte bei leichtem Streit um einzelne Punkte als Ganzes ziemlich glatt durch die parlamentarische Debatte kommen und vom Folketing wie vom Landtag angenommen werden. Denn niemand kann sich der Vernünftigkeit der Grundgedanken dieser Reform verschließen. Man ist sich darüber einig, daß das bisher geltende Strafgesetz, das aus dem Jahre 1866 stammt, reichlich veraltet ist, weswegen auch manche darin vorgesehene Strafen, wie Todes- und Körperstrafe, seit vielen Jahren nicht mehr verhängt worden sind. Die Hauptpunkte des Vorschlages sind folgende: Die Unterscheidung zwischen Verbrechen und Vergehen wird aufgegeben. Das Alter der Strafmündigkeit wird von 14 auf 15 Jahre hinaufgesetzt. Die Todesstrafe, wie auch die Körperstrafe wird abgeschafft. Es bleiben drei Arten von Freiheitsstrafen: Haft, Gefängnis, Zuchthaus, doch soll Zuchthaus in geringerer Grade als bisher angewandt werden. Es werden Jugendgefängnisse für Personen von 16 bis 21 Jahren eingerichtet. Geldstrafen können in Tageszahlungen festgesetzt werden, die im Verhältnis zu der wirtschaftlichen Lage des Verurteilten stehen. Außer dem höchsten Urteil wird eine weitgehende Freilassung auf Probe eingeführt. Ferner umfassende Regeln für Sonderbehandlung irgendwelcher abnormer Verbrecher, wie Trinker, die in ihren unterirdischen Höhlen oder sich zur Abstinenz zu verpflichten haben. Betrunkenheit steht, wenn sie Gefahr für andere Personen herbeiführt, unter Strafe. Polstrafe wird die Verleitung unehelicher Personen zu Sodomitischen Geschäften. Private detektive Tätigkeit wird verboten. Es soll schließlich eine Milderung der Strafe für Abtreibung, in einzelnen Fällen Straffreiheit eingeführt werden. Das Gesetz soll am 1. Januar 1927 in Kraft treten. Auf großen Widerstand im ganzen wird der Vorschlag, wie gesagt, kaum stoßen.

Anderes ist es mit dem Sozialreformvorschlag. Er enthält nur zwei Punkte: Achttundentag und Betriebsräte. Und es ist leicht voranzuschreiten, doch wenn man sich vielleicht über den ersten Punkt schließlich einigen wird, über den zweiten die politischen Geisteskräfte scharf und unversöhnlich aufeinander prallen werden.

Aus der Arbeiterbewegung Finnlands.

Die Sozialdemokratische Partei Finnlands hat in diesem Jahr das 25jährige Jubiläum ihrer Gründung gefeiert. Aus diesem Anlaß hat sie eine außerordentlich schön ausgestattete und gründlich durchgearbeitete Festschrift über die Geschichte der Partei herausgegeben.

Gegenwärtig hat die Partei 28 000 Mitglieder, davon 6000 Frauen. Außerdem besteht noch eine selbständige Jugendorganisation, die gemeinsam mit der Partei arbeitet, die 3000 Mitglieder hat, davon die Hälfte Mädchen.

Im Parlament, das 200 Mitglieder hat, besitzt die Sozialdemokratie 60 Mandate. Unter den sozialdemokratischen Abgeordneten sind 12 Frauen. Für die Kandidaten der Partei wurden bei den letzten Wahlen 254 672 Stimmen abgegeben, das sind 28,9 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Die Sozialdemokratie verfügt über 5 Tagesblätter, 6 dreimal und 1 zweimal in der Woche erscheinende Zeitungen. Außerdem gibt sie ein satirisches Wochenblatt heraus. Die Jugendorganisation läßt ein Wochenblatt, die Frauenorganisation ein Monatsblatt erscheinen.

Der Gewerkschaftsbund ist gegenwärtig keiner Internationalen angeschlossen. Der Zentralbund der Konsumgenossenschaften, dem vorwiegend Arbeiter angehören, hat 185 000 Mitglieder. Daneben besteht eine zweite Konsumentenorganisation vorwiegend bürgerlichen Charakters, die ungefähr die gleiche Mitgliederzahl hat.

Die kommunistische Partei, die den Namen Sozialistische Arbeiterpartei führt, wurde durch das Urteil des Hofrichters von Abo im Juni 1924 für aufgelöst erklärt. Sie besitzt gegenwärtig keine öffentlichen Organisationen, dagegen 18 Abgeordnete im Parlament, da sie bei den letzten Wahlen 91 664 (10,5 Prozent) Stimmen erhielt.

Beratungen der Arbeiter-Internationale.

Unmittelbar nach Neujahr finden im Volkshaus zu Brüssel bedeutende Beratungen der Londoner und der Amsterdamer Internationale statt. Am 2., 3. und 4. Januar tagen zunächst die Bureauaus und am 5. und 6. Januar die Exekutivausschüsse der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Neben der Erörterung organisatorischer Fragen steht die umfangreiche Tagesordnung eine Aussprache über das Verhältnis der Londoner und Amsterdamer Internationale zur außereuropäischen Arbeiterbewegung vor. Darüber hinaus soll die allgemeine politische Lage und vor allem auch das Problem des Achttundentages erörtert werden. Hierbei wird besonders Stellung genommen zu den Folgen, die aus der Durchführung des Dawes-Planes für die internationale Arbeitnehmerschaft sich ergeben können, und zu dem Ergebnis der Beratungen der deutsch-französisch-belgischen Großindustriellen-Verhandlungen zur Bildung eines internationalen Eisen- und Stahlkrusts. Das Ergebnis dieser Beratungen wird in einer Entschließung niedergelegt werden, in der das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer der in Frage kommenden Länder an den internationalen Industriekrusts dargelegt und gefordert wird. Besprochen sollen ferner werden die Garantieverträge und die Frage der allgemeinen Abrüstung.

Polales.

Die Krankenkasse gegen die Schwindsucht.

In Zakopane befindet sich ein Sanatorium auf den Namen Dr. Duski. Die Besitzer des Sanatoriums, das inmitten eines Waldes auf einer Anhöhe steht, bemühen sich seit längerer Zeit, die Anstalt zu verkaufen, da sich eine private Führung derselben für die Besitzer nicht lohnt. Die Lodzer Krankenkasse trug sich schon vor einem Jahre mit dem Gedanken, dieses Sanatorium käuflich zu erwerben, doch mußte sie darauf verzichten, weil der geforderte Kaufpreis — 750 000 Dollar — zu hoch war und die Krankenkasse eine solche Summe nicht aufbringen konnte. Gegenwärtig sind die Besitzer mit dem Preise um ein Drittel heruntergegangen, so daß derselbe 500 000 Dollar beträgt. In einer der letzten Sitzungen der Verwaltung der Lodzer Krankenkasse referierte der Vorsitzende St. Kaluzynski über dieses Angebot. Die Verwaltung, die die Notwendigkeit des Ankaufs dieses nach europäischem Muster eingerichteten Sanatoriums, des einzigen dieser Art in Polen, einsehend, steht jedoch vor finanziellen Schwierigkeiten. Eine monatliche Abzahlung der Summe ist zwar möglich, doch stellen die Zinsen — 13 pro Jahr — für dieses große Kapital eine unüberwindliche Schwierigkeit dar. In ihrer letzten Sitzung hat die vereinigte wirtschaftliche und finanzielle Kommission beschlossen, den Kauf vorzunehmen, wenn der Besitzer des Sanatoriums inbezug auf die Zinsfrage Nachgiebigkeit zeigt. Zum Zweck der Einleitung der Verhandlungen begibt sich eine Delegation nach Zakopane. Auch die Polnische Landesdarlehenskasse ist, wie wir bereits berichteten, bereit der Lodzer Krankenkasse eine Anleihe für diesen Zweck zu gewähren. Wenn es der Verwaltung gelingen sollte, das Sanatorium zu kaufen, so würde sie dadurch ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der bei uns so verbreiteten Tuberkulose in die Hand bekommen. Das Sanatorium ist auf 120 Betten eingerichtet, doch können bis 200 Betten aufgestellt werden.

Darowski zum Wojewoden von Lodz ernannt. Der Staatspräsident hat die Ernennung des früheren Arbeitsministers Darowski zum Wojewoden von Lodz unterzeichnet. Wojewode Dr. Garapich soll die Lemberger Wojewodenschaft übernehmen.

Die Registrierung der arbeitslosen geistigen Arbeiter findet auch noch in dieser Woche im Arbeitsamt statt.

Arbeitslosenunterstützungen. Morgen, Dienstag, werden die Unterstützungen ausgezahlt. In 9 Büros (außer dem Büro 4) an die Besitzer der Legitimationskarten von Nr. 1 bis 1000, im 4. Büro von Nr. 1 bis 1500. Am Mittwoch in den 9 Büros von Nr. 1001 bis 2000; im 4. Büro von Nr. 1501 bis 3000.

Eine Straßenbahnkarte: 18 Groschen. Die Verwaltung der elektrischen Straßenbahn gibt bekannt, daß nach der Aufhebung der Straßenbahnkartensteuer vom 1. Januar an eine Fahrt 18 Groschen kosten wird.

Der Feuerungsindex. Nach den Berechnungen der statistischen Kommission dürfte die Feuerung im Dezember um 1 Prozent gestiegen sein.

Änderungen im Wechselrecht. Am 1. Januar tritt das neue Wechselgesetz in Kraft, wonach der Besther des Wechsels den Giranten im Laufe von 4 Tagen vom Tage des Protestes benachrichtigen muß, daß der Wechsel zum Protest gegangen ist. Diese Benachrichtigung kann durch Einschreibebrief geschehen. Wenn eine solche Benachrichtigung nicht erfolgt, so trägt der Besther des Wechsels alle daraus entstandenen Kosten.

Ein Skandal in der Friseurinnung. Am Sonntag fand eine Generalversammlung der Friseurmeisterinnung statt. Die Mitglieder der Revisionskommission erklärten, daß sie bei der Prüfung der Rasse Unterschlagnungen festgestellt haben. Die Verwaltung hat, um eine Kontrolle unmöglich zu machen, die Blockfalschbücher vernichtet. Nach diesem Bericht folgte eine sehr erregte Aussprache. In der Abstimmung stellte sich der größere Teil der Innungsmittglieder auf die Seite der Verwaltung. Die Opposition gab daraufhin die Erklärung ab, daß sie die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft überweisen werde. Sie verließ demonstrativ den Saal. Zum Schluß wurde beschlossen, auch die jüdischen Innungsmeister aufzunehmen, falls sie ihre Innung liquidieren sollten. 30 anwesende jüdische Friseure ließen sich darauf als Mitglieder in die Innung aufnehmen.

Wegen Kindesmord wurde vom Bezirksgericht das Dienstmädchen Scheliewska zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hatte ihr neugeborenes Kind in den Abort geworfen.

Vom Deutschen Theater.

Aus der Theaterangelei wird uns geschrieben: Mittwoch, den 31. Dezember 1924, um 8 Uhr abends, findet im Wiederholungsabonnement Nr. 12 die Erstaufführung des weltberühmten Schwanke „Familie Schimel“ statt. Um 11 Uhr nachts wird anschließend daran ein „Lustiger Sylvesterrummel“ veranstaltet, an dem sämtliche Mitglieder teilnehmen. Im Programm sind unter anderem zwei lustige Einakter und eine Reihe heiterer Vorträge vorgesehen. Nach dem Programm Tanz bis früh. Die Mitglieder des Deutschen Theaters haben dafür Sorge getragen, daß allen Besuchern ein genügender Abend geboten wird.

Frau Erika van Draaz ist nach einmonatlicher Grippe wieder gesund und wird zum ersten Mal am 1. Januar 1925 in „Jolandas letztes Abenteuer“ wieder auftreten. — Anfang Januar findet am Deutschen Theater ein einmaliges Gastspiel des bekannten Wiener Schauspielers Wilhelm Altkich vom Deutschen Volkstheater statt. Herr Altkich wird in seiner Hauptrolle als Oedipus in der Tragödie „König Oedipus“ von Sophokles (übersetzt von Hugo von Hoffmannsthal) auftreten.

Kleine politische Nachrichten.

Arbeitsminister Sotal ist am 27. Dezember nach Oberschlesien gereist, um an Ort und Stelle die Möglichkeit der Einhaltung des achttündigen Arbeitstages zu studieren.

Weihnachtsamnestie in Sachsen. Zum Weihnachtsfest sind im Geschäftsbereich des sächsischen Justizministeriums 182 Strafgefangene, darunter auch politische Gefangene, in Freiheit gesetzt worden.

Sozialisten siegen in der Schweiz. Am 7. Dezember fanden im Kanton Bern die Gemeindevahlen statt. In allen Orten haben die sozialistischen Listen durchschlagende Siege errungen. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeinderäte ist um 10 bis 25 Prozent gestiegen.

Verunglückte Weihnachtsreisende. Das am Weihnachtsabend von London nach Paris abgehende Flugzeug stürzte unmittelbar nach dem Aufstieg auf dem Flugplatz Croydon bei London ab und verbrannte. Sieben Passagiere und der Pilot wurden von herbeigeeilten Arbeitern verlohrt aufgefunden.

In Hobart im Staate Othoma entstand durch eine Kerze am Weihnachtsbaum während einer Kinderbescherung eine Feuersbrunst, wobei 36 Kinder umkamen.

Theaterverein „Thalia“, Lodz

Deutsches Theater

im Gebäude der „Scala“, Cegielińska 18
Dir.: Dr. Robert Lohan.

Mittwoch, den 31. Dezember 1924:
Um 8 Uhr abends präzise:

Premierenabonnement Nr. 12.

„Familie Schimel“

Schwanke in 3 Akten von Gustav Kadelburg.

Mittwoch, den 31. Dezember 1924:
Um 11 Uhr nachts.

Lustiger Sylvesterrummel

veranstaltet von sämtlichen Mitgliedern des Deutschen Theaters „Thalia“.

Im Programm:

Zwei lustige Einakter, mit den Damen: Wallfried und Wigandt und den Herren: Braun, Link, Miller und Pfandler.

Im Soloteil (Vortrag und Gesang): Die Damen: Falk, Karmen und Wallfried und die Herren: Albin, Link, Manzel, Miller, Pfandler, Rosen u. Stieber.

Nachher: Tanz.

Kartenvorverkauf von 11—1 und 4—7 Uhr nachm. an der Tageskasse der Scala und bei Firma Arno Dietel, Petrikauer 157. 464

Für die deutsche Wählerschaft.

Die Empfangsstunden in der D. A. P. (Zamenhofstraße 17, II. Stock) wurden endgültig, wie folgt, festgelegt:

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonntag
Sejmabgeordneter Artur Kronig	12-2					
Sejmabgeordneter Emil Zrube	4-6					
Stadtratsordneter Rinhold Rim (Allgemeine und Schulfragen)	5-7					
Stadtratsordneter Oskar Siedler (Öffentliche Gesundheitspflege)		5-7				
Stadtratsordneter Ludwi Rut (Rechtsangelegenheiten, Wohnungs- u. allgemeine Fragen)		5-7	5-7			
Stadtratsordneter Robert Gilbrich (Soziale Fürsorge)					5-7	
Stadtratsordneter Adolf Hoffmann (Steuerfragen und Ansprüche der Arbeiter an Arbeitsstellen in Deutschland)						4-5 1/2
Angelegenheiten der Krankenkasse	6-7	6-7	6-7	6-7	6-7	6-7
Kommission für Arbeitsschutz und Arbeitslosen-fürsorge		5-7	5-7	5-7	5-7	

Interessenten, die in irgendeiner Sache Rat und Hilfe benötigen, werden ersucht, sich an die einzelnen Vertreter und Instanzen der D. A. P. nur in den oben angeführten Empfangsstunden zu wenden, da die Fülle der Arbeit eine anderweitige Erledigung der Interessenten unmöglich macht. — Außerdem erfüllt das Parteisekretariat der D. A. P. täglich Anträge über Umfang-, Einkommen- und Mietssteuer, in Rechts- und Krankenversicherungsangelegenheiten und in Wohnungs-, Schul- und allgemeinen Fragen. Desgleichen werden auch Bittschriften verfaßt.

Aus aller Welt.

Wenn die katholische Kirche alles erhalten muß.
Der italienischen offiziellen Statistik nach sind bei der römisch-katholischen Kirche 1024 Bischöfe vom lateinischen Ritus und 87 vom griechisch-katholischen. In diese Zahl sind die Apostolischen Delegation, Vikare und Präfekte nicht mitgezählt. Weiter hat sie eine große Anzahl von Orden. Der stärkste Orden sind die Jesuiten mit 18 307 Mitgliedern, dann die Minoriten mit 16 968 Mitgliedern, die Kapuziner mit 9 650 Mitgliedern und die Benediktiner mit 10 336 Mitgliedern. Außerdem gibt es eine große Anzahl von Vereinigungen, von denen einige ebenfalls sehr mächtig sind. Die meisten derselben entstanden in Frankreich. Bei dem Stuhl vom Vatikan sind derzeit 26 Staaten vertreten, bei denen wieder der Papst durch seine Nuntien vertreten ist.

Mörder Alkohol. Der geheimnisvolle Tod einer Gastwirtin aus Neustadt an der Tafelschicht, die man seinerzeit in entleertem Zustande tot im Straßengraben gefunden hatte, ist nun auf recht seltsame Art aufgeklärt worden. Die Frau hatte mit einem Freunde im Kreis zum Bergstraß gezecht. Um 10 Uhr abends verließen beide sternhagelvoll das Gasthaus und jedes ging seinen eigenen Weg, der Mann in den Wald, wo er seinen Kaufschlüssel, die Frau auf der Straße weiter. In dem Wahne, sie sei schon zu Hause, entleerte sie sich auf offener Straße. Als sie sich niederlegen wollte, stürzte sie aber in den 80 Zentimeter tiefen Straßengraben so unglücklich, daß sie in

ihrem Rausche nicht mehr herauskam. Bei den Bemühungen, freizukommen, stellte sich Erbrechen ein. Speisereste drangen in die Luftröhre, und das Weib erstickte in seinem eigenen Urat. Der geheimnisvolle Mörder war also niemand anderer als der Alkohol, der seine eigene Dienerin in der Gasse erwürgt hatte.

10 000 englische Lehrer gegen das Saufen. Trotz Sequestration würde im englischen Unter- und Oberhaus ein Gesetz angenommen — 10 000 Lehrer gaben unter anderem dafür ihre Unterschrift — das den Ausschank alkoholischer Getränke an Jugendliche unter 18 Jahren verbietet.

Eine zurückgewiesene Riesenerbschaft. Sir Max Wächter, ein Deutscher von Geburt, einer der Vorkämpfer für den europäischen Staatenbund, starb Anfang Oktober in England und hinterließ, wie sich jetzt herausstellte, seinem in Berlin wohnenden Neffen Dr. Max Wächter sein ganzes Vermögen im Werte von 230 000 Pfund Sterling (über 5 600 000 Zloty) unter der Bedingung, daß er sich in England niederlasse und britischer Untertan werde. Dr. Max Wächter hat sich nun geweigert, die Erbschaft anzunehmen, da er Deutscher ist und es bis zu seinem Tode auch bleiben will.

Das Kabarett des Prinzen. Das kaukasische Kabarett auf dem Pariser Montmartre hat sich auf eine eigentümliche Spezialität eingerichtet. Der Direktor beschäftigt nur russische Fürsten und Prinzen und hat zur Zeit ein Personal von 63 russischen Aristokraten auf seinem Programm. Die Fürsten werden allerdings nicht gerade fürstlich bezahlt. Ihr Honorar übersteigt im allgemeinen nicht 60 Frank am Tage, also etwa 15 Zloty. Die Fürstlichkeiten treten als Tänzer, Sängler, Jongleure usw. auf und beweisen jedenfalls, daß sie sich zur Not auch selber ernähren können.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stb. Ludwig Rut. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Die Macht der Drei.

Ein Roman aus dem Jahre 1955

von Hans Dominik.

(13 Fortsetzung.)

„Alma öffnete die Gabel und sah, daß er sie auf den Straßentisch vom Althaus im Garten putzte. Wie ein die Anweisung. Einen halben Tag danach sah ich um mich zu sehen. Noch einen halben Tag danach sah ich den Tag zu finden und wieder zusammen zu sein. Dann hasten wir den Strahl! In seinem Beize, in der Kenntnis des Geheimnisses war es uns leicht, die Maschine zu sprengen.“

Mit zitternden Händen griff Silvester Bursfeld nach der Gebetmühle und streichelte sie liebevoll.

„Das Geheimnis ist gerettet. Alles, was ich darüber schrieb, steht auf den Bändern. Ich will ihnen. Jörn und Erregung malten sich auf seinen Zügen.“

„Ich will ihnen Brände und Stürme schicken, daß sie...“

Eril Truwor hob beschwörend die Rechte. Ein goldener Schlangenring von alter indischer Arbeit gleihete am vierten Finger. Ein Stein schimmerte darin in wunderbarem Farbenspiel. Bald glänzte er tiefgrün, und dann wieder, wenn ein Strahl der elektrischen Lampe ihn traf, landete er blutrotes Rubinlicht aus.

Alma trat hinzu. Der gleiche Ring erglänzte an seiner Hand wie an der seines Gefährten. In Überraschung und Staunen weiteten sich die Augen Silvesters. Zwischen den beiden Ringen wanderten seine Blicke hin und her und befielen dann auf dem leeren Ringfinger der eigenen Hand.

„Die drei Ringe der Monaka... Die alte Prophezeiung... Vom Anfang des Bogens der Wille... Vom Ende das Wissen... von Mitternacht... mein Ring fehlt.“

War es das Jammern der Steine, war es der strahlende Blick des Inders, Silvester Bursfeld hielt undend inne und schloß die Augen zu tiefem Schlaf.

Alma lehnte auf seinen Beobachtungsposten zurück.

Eril Truwor hantierte am Empfangsapparat der telegraphischen Station. Mit schnellen Blicken überflog er die Zeichen des aus dem Apparate quellenden Streifen. Dann ein Wink an den dunklen Gefährten. Der schob und drehte das schimmernde Aluminiumrad der überhöhen Steuerung bis die schwarze Marke genau über der Spitze des nordweisenden Kreises stand, der die Steuerung betätigte. In weit ausscholendem Ragen beherrschte das Kluschk der Steuerung und schob über Labrador hin nordwärts gerichtet auf den Pol zu.

Der Schwede wies auf die Telegrammstreifen.

„Amerikanische Kreuzer auf Gönland und über Island. Wir müssen über den Pol gehen, um die Sperre zu meiden.“

Alma hörte, und ein stärkerer Glanz leuchtete in seinen araken strahlenden Augen.

„Gezwungen?“

„Gezwungen!“

Der Indier nahm die alte Weissagung da wieder auf, wo Silvester, in den Schlaf fallend, gestört hatte.

„... Von Mitternacht kommt die Macht.“

Eril Truwor erschauerte. Er kannte die Weissagung. Der Moment trat ihm vor die Augen, als der greise Abt von Bankong Tzo ihm den Ring auf den Finger schob und dazu nur die Worte sprach: „Das ist der dritte!“

Es ging um die alte, so schwer deutbare Prophezeiung, an der sich die Ausleger seit siebenhundert Jahren verfrachten. Eril Truwor war ein moderner Mensch. Er beherrschte das Wissen der Gegenwart, kannte als Ingenieur die Naturwissenschaften seiner Zeit. So hatte er den Ring angenommen und hatte ihn mit den Blicken des Naturforschers betrachtet. Der Stein eine Art des

Chrysoberyll, ein gut geschliffener Alexandrit, der die Eigenschaft besitzt, in natürlichem Lichte grün, in künstlichem rot zu leuchten. Die Prophezeiung... eine jener vielen aus der Vorzeit überkommenen dunklen Weissagungen, die man in jedem Jahrhundert auf die Ereignisse der Zeit zu deuten verucht. Eril Truwor wollte ihr skeptisch gegenüberstehen und brachte es doch nicht fertig. Zu sehr klangen die Worte des Tongkapa mit allen dunklen Ueberlieferungen zusammen, die in seinem Vaterhaus umgingen. Zu sehr auch brachten sie in seinem Gemüt eine Saite zum Mitschwingen, die wohl nur leise angeschlagen zu werden brauchte, um zu klingen. Schon einmal sollten die Truwors vor mehr als tausend Jahren den Wölfen in den weiten Steppen Rußlands einen Herrscher geziehen haben. Aber über diese geschichtliche Ueberlieferung ging die Legende hinaus, daß es nicht das letztemal gewesen sein sollte. Ein dunkles Grenzgebiet tat sich hier auf. Ein Zueinanderfließen grauer Vergangenheit und ferner Zukunft.

Eril Truwor hätte lächeln mögen, wenn er nicht im fernem Osten Dinge gesehen hätte, die ihm das Nachdenken verlegten. Dinge, für die das eiserne Kausalitätsgesetz seine Wirkung zu verlieren schien. Erscheinungen, bei denen Zeit und Raum ihre Ausdehnung verloren. War es blinder Zufall oder war es irgendeine Fügung, daß sie jetzt infolge der erzwungenen Abwechslung vom kürzesten Kurs direkt vom Pol her genau aus Mitternacht in ihre Heimat stießen mußten?

„... Aus Mitternacht kommt die Macht“, sagte die alte Weissagung. Er entkann sich ihrer jetzt Wort für Wort.

„Vom Anfang des Bogens kommt der Wille“, das steht sich auf Alma, den im fernem Osten Geborenen, deuten, der die Fähigkeit der Willensübertragung, der telepathischen Fernwirkung in übernatürlichem Maße besaß.

„Vom Ende das Wissen.“

(Fortsetzung folgt.)

Preisabbau in Fahrrädern und Nähmaschinen!

Als die Preise noch turmhoch waren und das sattem bekannte Wort:

„Es wird noch teurer“

bis zum Ueberdruß von Mund zu Mund ging, da habe ich mit dem Preisabbau begonnen und in Wort und Schrift darauf hingewiesen. Ich glaube eine gute Tat getan zu haben, denn ich habe dadurch den Stein ins Rollen gebracht, getreu meinem Wahlspruch:

Nicht möglichst viel verdienen, sondern der Allgemeinheit dienen!

J. Mędrzycki
Lodz, Rilinski-Str. 30.
Generalvertreter für Lodz und Umgegend der Torpedo-Fahrräder und Titan-Nähmaschinen.

Im Verlage der „Lodzzer Volkszeitung“ ist erschienen:

Programm und Organisationsstatut der Deutschen Arbeitspartei Polens.

Preis eines Exemplars 10 Groschen. Erhältlich im Parteilokal, Zamenhofstraße 17, sowie durch die Zeitungsausdräger.

Spendet Bücher für Eure Bibliothek!

Die Zahl der Parteimitglieder vergrößert sich von Tag zu Tag. Der Bücherbestand der Bibliothek muß demnach auch vergrößert werden. Gute Bücher sind aber teuer.

Wir sind nur auf freiwillige Geldspenden angewiesen, die in dieser Zeit sehr spärlich sind. **Spendet also Bücher!** Es gibt in jedem Hause Bücher, die schon oft gelesen wurden und jetzt nutzlos daliegen.

Spendet sie Eurer Bibliothek, schafft Euren Genossen Freude und gebt ihnen die Möglichkeit, ihr Wissen zu erweitern.

Wissen ist Macht!

Spenden werden in der Zamenhofstraße 17, täglich entgegengenommen. Der Bibliothek-Vorstand der D. A. P.

Billiger Ausverkauf

Preisermäßigung von 15-30%!

Technisches Büro und Eisenwarenhandlung

G. J. A. Schmidt

Rawrotstr. 7, im Hofe, Queroffizine
Wohnung 14. Telefon 28-35

Aluminium und emailliertes Küchengerät, Messer, Gabeln, Scheren, Fleischmaschinen, amerik. Dringmaschinen, Kaffeemühlen, Plättisen, Mäcker, Cigarettenmaschinen, sowie alle Hausbedarfartikel.

Trauringe

in großer Auswahl, Bijouterie, Tischbesteck in Silber u. plattiert, goldene und silberne Uhren moderner, Pajons, sowie Salon-, Zimmer- und Küchen-

Uhren.

Alle Reparaturen werden in eigener Werkstatt ausgeführt.

JAN CHMIEL
NAWROT 4.